

Hunderttausende ohne Wohnung

Mindestens 607.000 Menschen in der Bundesrepublik sind wohnungslos. Bei dieser Mitte November vorgestellten Gesamtzahl für das Jahr 2022 geht die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe zudem davon aus, dass etwa 50.000 besagter Wohnungsloser „ganz ohne Unterkunft auf der Straße“ leben, also obdachlos sind.

Die Gesamtzahl der Wohnungslosen hat sich von 383.000 im Jahr 2021 beinahe verdoppelt. „Armut, Wohnungsmangel, Flucht“, fasst die BAG die Gründe für Wohnungslosigkeit in der Bundesrepublik zusammen. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) verlieren ihre Wohnung durch Kündigung. Zudem werden Schulden bei Miete und Energiekosten (21 Prozent), „Konflikte im Wohnumfeld“ (20 Prozent) und Trennung oder Scheidung (16 Prozent) genannt. Steigende Lebenshaltungskosten durch Preisanhebungen bei Energie und Lebensmitteln sowie Mietsteigerungen belasten insbesondere Haushalte mit geringerem Einkommen.

Gleichzeitig verschärft sich die Wohnungsnot hierzulande von Jahr zu Jahr. Von beinahe vier Millionen Sozialwohnungen ist der Bestand Ende 2022 auf knapp eine Million zusammengeschmolzen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Baukostenkrise werde die Ampelregierung das jährliche Ziel von 400.000 Wohnungen – 100.000 öffentlich gefördert – „bis 2025 mit Sicherheit nicht erreichen“.

In den vergangenen Jahren sei zwar viel gebaut worden: „Allerdings nur im hochpreisigen Segment.“ Zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit bis 2030 fordert die BAG daher jährlich „weitere 100.000 bezahlbare Wohnungen“.

Wenn die Bundesregierung jetzt nicht ihren Kurs ändert, wird sich die Situation für Wohnungslose und von Wohnungsverlust Bedrohten „weiter zuspitzen“.

Unterschritensammlung und Diskussion im Fachausschuss:

Ärztliche Versorgung muss verbessert werden!

Im letzten Jahr hat die BALL zusammen mit der SPD eine Unterschriftenaktion für eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung in Barmstedt durchgeführt.

In relativ kurzer Zeit hatten sich rund 800 Bürgerinnen und Bürger für die Forderungen ausgesprochen. Im Anschluss fand ein Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) statt, an der die Bürgermeisterin, ein Vertreter des Seniorenbeirats und Vertreter der SPD und BALL teilnahmen. In dem Gespräch haben wir unsere Probleme und Wünsche dargestellt. Es wurde uns mitgeteilt, dass noch Stellen zu vergeben seien. Aufgabe unserer Verwaltung wäre es, Werbung für Barmstedt als attraktiven Standort zu machen.

Diesen Punkt hatte im Januar auch Dr. Mehrländer angesprochen. Die Überschrift eines langen Artikels/Interviews mit ihm in der „Barmstedter Zeitung“ vom 14./15. Januar lautete: „Barmstedt braucht mehr Hausärzte“. Während neue Wohnungen entstanden sind, wie z.B. im Bereich der Geno-Mühle am Nappenhorn, ist die Zahl der Ärzte in den letzten Jahren zurückgegangen. Daher lautete eine Forderung des Arztes: „Es muss attraktiver werden, sich hier niederzulassen“.

Räume sind in den bestehenden Praxen vorhanden. Aber es stellt sich in der Tat die Frage, worin denn der Anreiz für eine



Ärztin oder einen Arzt besteht, gerade hierher zu kommen. Kurz vor der Kommunalwahl im Mai haben sich dann auch CDU und FWB des Themas angenommen. Im Laufe der letzten Monate sind weitere Gespräche geführt worden, unter anderem mit den Barmstedter Hausärzten. Dabei sind viele Fragen aufgetreten aber auch Vorschläge entwickelt worden.

Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ)

In den letzten Wochen wurde

von der FWB die Forderung nach einem „Medizinischen Versorgungszentrum“ (MVZ) erhoben. Im Sozialausschuss am 14. November wurde darüber intensiv diskutiert.

Der Beschluss:

Es soll ein Arbeitskreis unter Einbeziehung der örtlichen Ärzte, Fachberater, Verwaltung und Politik eingerichtet werden mit der Aufgabe, Vorschläge zu entwickeln, wie die Versorgung verbessert werden kann. Dabei gilt es zahlreiche rechtliche

Grundlagen wie auch die finanziellen Möglichkeiten der Stadt zu berücksichtigen. Ob ein MVZ (medizinisches Versorgungszentrum) eine gangbare Lösung für Barmstedt sein kann, wird sich dann zeigen.

Für die BALL ist bei der Entwicklung der medizinischen Versorgung wichtig:

- bei der Ausweisung neuer Baugebiete (und damit einer steigenden Bevölkerungszahl) müssen auch Räumlichkeiten für Ärzte (und z.B. auch Kitas) mitgedacht werden.

- alle Maßnahmen sollten mit den vorhandenen Hausärzten abgestimmt werden

- der Blick sollte nicht nur auf die hausärztliche Versorgung gerichtet sein. Notwendig für uns und die Umlandgemeinden sind vor allem auch Fachärzte! (HNO, Orthopädie, Augen, Gynäkologie)

- wir müssen Möglichkeiten finden, die Attraktivität unserer Stadt als Wohn- und Arbeitsort für Ärzte zu verbessern

- nicht zuletzt steht die Frage, wieviel Geld wir als Stadt/Politik bereit sind auszugeben – z.B. um Räume bereit zu stellen oder andere Anreize zu schaffen.

Klar ist aber auch, dass vieles auf **Bundesebene** gelöst, das heißt verbessert werden muss:

Arzthonorare

Alle Preise steigen – die Honorare der Ärzte aber nicht. Im Ge-

genteil: die allgemeinen Preissteigerungen, gestiegene Energiekosten und nicht zuletzt notwendige Gehaltserhöhungen belasten das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Praxen. Gleichzeitig hat sich in Bezug auf das Abrechnungssystem nichts getan. Die Hausärzte erhalten ein vorgegebenes Budget für das jeweilige Quartal für eine bestimmte Anzahl von Patienten – egal wie häufig jemand in die



Katharina Schwietering
Ausschuss für
Jugend und Soziales

Praxis geht. Wenn dieses Budget aufgebraucht ist, gibt es keine Zahlungen mehr von den Krankenkassen. In der Praxis bedeutet dies, dass unsere Hausärzte mehr als ein Drittel des Quartals kostenlos arbeiten.

Personal

Es gibt einen großen Mangel an qualifiziertem Personal im Gesundheitswesen. Das betrifft die Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und auch Arztpraxen. Und hier muss auch berücksichtigt werden, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt und die Verkehrsverbindungen von und nach Barmstedt zu wünschen übrig lassen.

Erhöhung der Grundsteuer?

Jahrelang wurde nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Neuordnung der Grundsteuer diskutiert. Letztlich wurde ein Gesetz verabschiedet, und alle Grundstücksbesitzer mussten sich durch einen Meldebogen der Finanzverwaltung quälen. Mittlerweile sollten alle Grundstücksbesitzer einen „Bescheid über den Grundsteuermessbetrag“ erhalten haben.

Dieser Messbetrag ist die Grundlage für die Steuerberechnung; er wird mit einem „Hebesatz“ multipliziert.

Beispiel:

Der Messbetrag für das Grundstück beträgt 120 und der Hebesatz der Stadt Barmstedt (zurzeit) 425 Prozent. Ergibt $120 \times 4,25 = 510,00$ Euro Grundsteuer im Jahr.

Soweit so gut – aber jetzt wird es spannend. Das neue Gesetz wird am 1. Januar 2025 in Kraft treten und Kanzler Olaf Scholz hatte seinerzeit verkündet, dass der Staat mit der Neuordnung keine höheren Einnahmen erzielen wolle.

Diese „Einkommensneutralität“ bezieht sich aber nur auf die Städte und Gemeinden! Die

Steuerlast für die Grundstückseigentümer wird sich ändern.



Die Einen werden weniger zahlen, andere mehr – je nach Lage des Grundstücks, der Art der Bebauung oder dem Alter der Gebäude.

Die Landesregierung wird irgendwann im nächsten Jahr festlegen, welche Hebesätze die einzelnen Städte und Gemeinden erheben sollen, damit „unterm Strich“ nicht mehr Steuern eingenommen werden.

Allgemeine Finanznot und Erpressung

Dass die meisten Städte und Gemeinden unter einer Schuldenlast leiden, ist nicht neu.

Die Bundes- / oder Landesregierungen beschließen Gesetze, die vor Ort umgesetzt werden müssen. Dazu gehören Schulen, ausreichend Kita-Plätze, Infrastruktur usw..

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►

Ausreichende Finanzmittel werden aber nicht zur Verfügung gestellt. Es gibt zwar Förderprogramme und jährliche „Fehlbedarfszuweisungen“ – von dem „Schuldenschnitt“, den Olaf Scholz mal verkündet hat, sind wir weit entfernt.

Im Gegenteil:

Das Land fordert energisch, dass wir als Stadt Barmstedt mehr Einnahmen erzielen und Ausgaben verringern sollen. Das heißt: höhere Gebühren und höhere Grund- und Gewerbesteuern und weniger Zuschüsse z.B. für Einrichtungen und Vereine. Nur dann werden wir auch weiterhin Geld vom Land bekommen.

Die kommunale Selbstverwaltung gerät unter solchen Umständen zur Farce.

Vor diesem Hintergrund soll die Stadtvertretung auf ihrer Sitzung im Dezember über eine Steuererhöhung bereits für das Jahr 2024 entscheiden.

Mindestens 60 Milliarden Euro fehlen – Erhebliche weitere Belastungen sind absehbar

Das Bundesverfassungsgericht hat der Finanzpolitik der Ampel-Regierung die „Rote Karte“ gezeigt. Die Trickserien mit Sondervermögen und „Nebenhaushalten“ sind verfassungswidrig.

Geklagt hatte die CDU. Dass sie vor dem Gericht Recht bekommen hat, ist die eine Seite

der Medaille. Die andere ist, dass von ihrer Seite keinerlei konstruktive Vorschläge kommen, wie denn die notwendigen anstehenden Aufgaben (Klima, Gesundheit, Digitalisierung...) finanziert werden sollen. Wenn jetzt die Haushaltssperre in Kraft tritt, wird es unterm Strich bedeuten, dass Projekte gestoppt und geplante neue Arbeitsplätze nicht geschaffen werden. Und es bedeutet weitere Belastungen für die „Normalbürger“. Wiedererhöhung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie, Abschaffung der Energiepreiskontrolle und Kür-



Klaus Kuberzig

zungen von Sozialleistungen (wie bereits von Friedrich Merz ins Spiel gebracht) werden die Folge sein.

Eine „Zeitenwende“ wäre in unserem Land endlich in der Finanzpolitik notwendig. Deutschland gilt als Mekka für Geldwäsche. Zig Milliarden Euro werden am Staat vorbei „verdient“, und Subventionen in Milliardenhöhe fließen in die Taschen der Reichen. Allein die Abschaffung des „Dienstwagenprivilegs“ würde 5,5 Milliarden Euro bringen. Aber Maßnahmen zu Lasten der Reichen und Superreichen sind nicht gewollt. Stattdessen: Essen gehen wird teurer – Danke CDU, Danke Ampel!

„Deutschland-Pakt Migration“ im Berliner Kanzleramt
Übereinstimmung von Grünen bis AfD

Einigkeit bestand beim „Migrationsgipfel-Gipfel“ von Bund und Ländern im November bei einer Frage: Nicht von der deutschen Wirtschaft benötigte Geflüchtete sind für den Staat eine finanzielle Belastung, er muss ihnen das Leben schwer machen und sie schnell wieder loswerden.

Die Beschlüsse des Gipfels, die Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sowie die Ministerpräsidenten Boris Rhein (Hessen, CDU) und Stephan Weil (Niedersachsen, SPD) in Berlin verkündeten, stehen genau unter diesem Vorzeichen. So sollen die Sozialleistungen für Asylsuchende gekürzt und durch Aushändigen einer

der Betroffenen wurde nicht geredet.

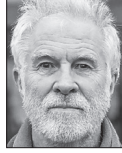
In der Berichterstattung gingen die Verschärfungen weitgehend unter, weil die Einigung über die Finanzierung der Kosten für Geflüchtete in den Vordergrund gestellt wurde. Vom kommenden Jahr an zahlt der Bund für jeden Asylwerbeantragsteller eine jährliche Pauschale von 7.500 Euro, das sind 3.000 Euro weniger als vor dem Treffen von den Bundesländern gefordert.

Begründet wurden die Kürzungen mit dem Märchen, der deutsche „Sozialstaat“ ziehe Geflüchtete an. Diese Behauptung ist in keiner Weise bewiesen. Selbst das zuständige Bundesamt hat erklärt, es gebe keine Nachweise, dass dem so ist. Man sieht das auch an der Anerkennungsquote im Asylverfahren. 72 Prozent der Antragsteller, bei denen eine Überprüfung im Asylverfahren stattfand, müssen Schutz in Deutschland bekommen.

Zukünftig sollen die Schutzsuchenden bis zu drei Jahre lang niedrige Unterstützungssätze erhalten. Bisher wurden die Bezüge nach 18 Monaten ungefähr auf die Höhe der regulären Sozialhilfe angehoben. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, kritisierte, dass es „inhuman und unvernünftig“ sei, Asylsuchende auf diese Weise in Ar-

mut zu halten.

Bund und Länder waren sich einig, dass zu viele Menschen in die Bundesrepublik flüchteten. So will man jetzt prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind. Diese sollen zudem schneller abgewickelt werden als bisher. Außerdem soll mit sogenannten Migrationsabkommen die Zahl der Abschiebungen erhöht werden. Die Weigerung vieler Herkunftsländer, ihre



Helmut Welk
Vorsitzender
der Barmstedter
Linken Liste (BALL)

Staatsangehörigen zurückzunehmen, sei „eine der größten Hürden“ für mehr Abschiebungen abgelehnter Asylsuchender. Mit diesen Ländern will die Bundesregierung dennoch unbedingt offizielle Rückführabkommen schließen.

Scholz und Hessens Regierungschef Rhein betonten, man habe einen „Schritt in die richtige Richtung“ gemacht. Schon ein Tag später zeigte sich CDU-Chef Merz unzufrieden. Die Zahlen der Asylsuchenden müssten noch weiter runter, oder das Recht auf Asyl müsste sogar abgeschafft werden.

Im Gegensatz zur CDU zeigte die Ampelkoalition Geschlossenheit. So freute sich Grünen-Fraktionschef Omid Nouripour

im ARD-„Morgenmagazin“ über „deutlich mehr Geld und Planungssicherheit“. Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck begrüßte die Ergebnisse des „Deutschland-Pakt Migration“.

Wie CDU-Chef Merz mussten sich die Vorsitzenden der AfD ebenfalls unzufrieden zeigen, auch wenn die Ergebnisse des Bund-Länder-Treffens ihrer politischen Linien grundsätzlich entsprechen.

Die fluchtpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion, Clara Büniger, verurteilte die Beschlüsse der Regierungschefs in einer Mitteilung. Sie atmen „den Geist der Abschottung“, wie das erneute Bekenntnis zur Abriegelung der „Festung Europa“ und zu härteren Abschiebengesetzen zeige. Es sei längst „Konsens aller Parteien von Grünen bis AfD, Geflüchtete zu bekämpfen, statt die Kommunen zu befähigen, Schutzsuchende angemessen aufzunehmen und zu versorgen“. Um diese Rechtsentwicklung zu stoppen, benötige es „einen grundlegenden Politikwechsel“. Dazu gehöre anzuerkennen, „dass Fluchtbewegungen nicht einfach aufhören, weil Sozialleistungen abgesenkt oder Geflüchtete auf andere Weise drangsaliert werden“.

Neuigkeiten aus dem Rathaus
Ausschuss Kultur, Schule und Sport

Der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport (KSS) der Stadt Barmstedt hat am 13. November getagt. Folgende Themen wurden unter anderem diskutiert:

Dirtbahn an der Lutzhorner Landstraße

Eine engagierte Barmstedter Bürgerin hat dem KSS-Ausschuss den Vorschlag präsentiert, eine Dirtbahn auf dem Spielplatz an

Sprünge zu nutzen. Vergleichbare Anlagen in Rellingen und Itzehoe erfreuen sich aktuell großer Beliebtheit bei den Jugendlichen. In Barmstedt entwickelt sich laut Angaben der Bürgerin aktuell eine lebhaftere Szene dieses Freizeitsports.

Fakt ist, dass es in Barmstedt aktuell wenig bis keine Freizeitangebote für Jugendliche und junge Erwachsene gibt. Die Planungen der Skatebahn, die nach aktueller Beschlusslage neben

Aus jugendnahen Kreisen ist zu hören, dass eine Skatebahn nicht mehr den aktuellen Wünschen der Jugend entspräche. Die Trends entwickeln sich weiter, und die jahrelangen Verzögerungen hätten dazu beigetragen, dass eine Skatebahn, die frühestens in 2-3 Jahren realisiert wäre, nicht den aktuellen Wünschen der Jugendlichen entspräche.

Der KSS-Ausschuss hat sich mit den Stimmen der BALL dafür ausgesprochen, das Projekt „Dirtbahn“ und somit die genaue Prüfung der Umsetzung und Förderung auf dem Spielplatz bei der Meierei/Käsefabrik unter Einbeziehung der Jugendlichen weiter zu verfolgen.

Zusätzliche Ausgabe-
wagen in der Mensa

Die Schülerschaft der Gottfried-Semper-Schule hat sich Anfang des Schuljahres für gesünderes Essen in der Mensa eingesetzt. Es wurde zum Schuljahresbeginn ein gemeinsames Mensa-Betreiber Campus Catering und den Schülern entwickeltes neues Konzept nach dem „Free-Flow-System“ er-

probt. Ziel ist es, mehr Selbstbestimmung und Entscheidungsspielraum für die Schülerinnen und Schüler, z. B. bei der Zusammenstellung des eigenen Mittagessens und der Portionsgrößen, zu erreichen. Die Schüler können hierbei Salat von einer neu eingerichteten Salatbar selber auswählen und zusammenstellen. Des Weiteren können die Warmgerichte unterschiedlich je nach Geschmack miteinander kombiniert



werden. Neben einer höheren Akzeptanz des Essens bei den Schülern sollen so auch Essensabfälle vermieden werden, in dem sich die Kinder nur die Menübestandteile auffüllen, die sie auch mögen.

Die Probezeit dieses Modells

ist gut verlaufen und das „Free-Flow-Model“ soll weitergeführt werden. Um lange Wartezeiten zu vermeiden, werden nun weitere Kalt- und Warmausgabewagen benötigt.

Der KSS-Ausschuss hat sich mit den Stimmen der BALL dafür ausgesprochen, die benötigten Ausgabewagen sukzessive anzuschaffen.

Kosten für Schulkinder-
betreuung steigen rasant

Der Wirtschaftsplan für 2024 der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. über die Kosten der Schulkinderbetreuung an den Barm-

stedter Schulen wurde dem KSS-Ausschuss vorgelegt. Es ging eine Diskussion der Zahlen im Kuratorium Ende Oktober voraus. Die voraussichtlichen Kosten werden sich laut der Rechnung der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. um 50% zum

Vorjahr erhöhen. Damit würden sich die Kosten für die Stadt seit 2020 bis Ende 2024 fast verdreifachen. Als Hauptgrund u. a. werden die im

gleichen Maße gestiegenen Personalkosten angeführt.

Der KSS-Ausschuss hat die Entscheidung hierzu auf die nächste Sitzung im Januar vertagt. Bis dahin wird die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Vorschläge für Einsparungen machen. Es ist zu befürchten, dass hierunter die Qualität der Betreuung leiden könnte. Dies ist für die BALL nicht hinnehmbar. Auch die ebenfalls im Januar auf der Tagesordnung stehende Erhöhung der Elterngebühren bietet aus unserer Sicht nur eine geringe Entlastung für die Stadt und im Gegensatz dazu eine erhebliche Mehrbelastung für die Eltern. Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden liegt Barmstedt bei den Gebühren im Mittelmaß, und so soll es für die BALL auch bleiben.



der Lutzhorner Landstraße (nördlich der Meierei/Käsefabrik) zu errichten. Bei einer Dirtbahn handelt es sich um eine Anordnung mehrerer Hügel aus Erde, Kies und Gras, über die die Sportler mit sogenannten Dirtbikes fahren, um sie als Schanzen für

dem Sportplatz am Ede-Menzler-Weg errichten werden soll, sind erneut ins Stocken geraten, weil an gleicher Stelle eine Geothermie-Anlage diskutiert wird. Wenn es zu dem Bau der Anlage kommt, verzögert sich die Umsetzung der Skatebahn erneut.



Britta Schölermann
Ausschuss f. Kultur
Schule und Sport